Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

nnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. die Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und reich-Ungarn M. 5— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14. II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/2 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 86. | Dresden, Sonnabend den 16. April 1910. | 21. Jahrg.

Arbeitsverhältnisse in der Zigarettenindustrie.

Die deutsche Zigarettenindustrie hat in einem soeben enenen Buche von Dr. Kurt Bormann* eine wissen- liche Bearbeitung gefunden, die sich auch mit den terverhältnissen beschäftigt, worüber der Verfasser eine e Erhebung vorgenommen hat. Da Dresden der itz der Zigarettenindustrie ist, handelt es sich dabei er- erweise in hervorragendem Maße um Dresdner terverhältnisse.

Die deutsche Zigarettenindustrie ist noch sehr jung. Als Jahre 1862 der russische Zigarettenfabrikant Joseph mann als Filiale seiner beiden russischen Etablisse- s in Dresden unter der Firma „Compagnie Laferme" Zigarettenfabrik gründete, war das Zigarettenrauchen in schland noch wenig verbreitet. Noch im Jahre 1878, 16 Jahre nach ihrer Begründung, setzte die Fabrik von sich auf 60 Millionen Stück Zigaretten belaufenden esproduktion nur 1/4 in Deutschland ab, alles übrige e exportiert, und zwar zum größten Teil nach Italien. Jahre 1887 wurden in Deutschland erst 1698 Personen Zigarettenbetrieben beschäftigt, im Jahre 1900 aber bereits und davon 4340 in 71 Betrieben, die mit Motoren teten, also in Großbetrieben.

Aber auch die Vertrustung hat in der deutschen rettenindustrie bereits eine starke Ausdehnung gefunden. mntlich erwarb der amerikanische Tabaktrust im Jahre die Zigarettenfabrik von Jasmatzi in Dresden, deren nkapital im Jahre 1903 auf 5 Millionen Mark erhöht e, und später die Firma Josetti in Berlin. Von weiteren ufen hat man bisher nichts gehört, aber Dr. Bormann erfahren, daß der Trust einige weitere Zigarettenfabriken kauft habe bezw. eine Anzahl derselben kontrolliere. Das e gelte auch in bezug auf Zigarrenfabriken. Sogar ilgeschäfte soll der Trust erworben haben, mit deren Hilfe e Erzeugnisse der von ihm kontrollierten Produktions- n direkt an die Kreise der Konsumenten gelangen läßt, daß diese eine Ahnung davon haben, daß es Trustfabri- sind, die sie erhalten. Weil der Trust stark angefeindet e, hüllt er seine Aktionen in das tiefste Dunkel und itet mit vorgeschobenen Strohmännern.

Diese zunehmende Macht des Trusts wird auch für die ter eine immer höhere Bedeutung erlangen, zumal die duktion noch ständig und ganz außerordentlich zunimmt. rend nach den Berichten der Tabakberufsgenossenschaft Jahre 1905 in der Zigarettenindustrie 9584 Personen be- tigt wurden, betrug im Jahre 1908 die Zahl der Be- tigten 11 830. Davon kommen allein auf Dresden Personen. Mehr als die Hälfte der ganzen deutschen rettenproduktion wird in Dresden hergestellt. Von der Milliarden Zigaretten betragenden Produktion des Jahres 08 kamen 3,1 Milliarden auf Sachsen.

Dresden weist auch die meisten Heimarbeiter auf. Dr. Bormann sagt: „Gerade in der letzten Zeit hat die e, Arbeit außer Haus zu geben, immer mehr zugenommen, ie Fabrikanten bestrebt waren, die ihnen durch die Bande- , erhöhte Tabakpreise usw. entstandenen Mehrkosten durch sparnisse an Lohn (solche bringt die Heim- eit) wieder herauszuschlagen." Wie groß die Zahl der arbeiter in Dresden sowohl als auch im übrigen Deutsch- ist, konnte nicht ermittelt werden. Bormann hält die genden diesbezüglichen Angaben für so wenig wahr- nlich, daß er auf ihre Wiedergabe verzichtete. Neunzig ozent aller in den deutschen Zigarettenbetrieben be- tigten Personen sind Frauen. Nur in Berlin ist Verhältnis ein anderes, denn hier sind etwa 40 Prozent nner, zu einem großen Teil Russen, die mit einem ib geringen Verdienst vorlieb nehmen. Von den deutschen rettenarbeiterinnen sind etwa zwei Drittel ledigen ndes, also ein Drittel verheiratete Frauen. Die Arbeits- beträgt in Dresden 9 bis 9½ Stunden täglich. Die Löhne am niedrigsten in den ostdeutschen Städten, am höchsten Frankfurt a. M. Nach den Angaben, die Dresdner, iner, Hamburger sowie Breslauer Arbeiter und Arbeite- en über ihren Verdienst auf den von Dr. Bormann aus- benen Fragebogen gemacht haben, ergibt sich im Durch- it folgender **Wochenverdienst**:

Für einen Zigarettenarbeiter	in Dresden	15,33	M.
" " "	" Berlin	18,30	"
" eine Zigarettenarbeiterin	" Dresden	11,94	"
" " "	" Breslau	8,50	"
" " "	" Berlin	15,43	"
" " "	" Hamburg	18,60	"

Auch über ihren **Jahresverdienst** hat eine Anzahl Arbeitern und Arbeiterinnen Angaben gemacht. Den nen Angaben auf den Fragebogen zufolge beläuft sich durchschnittliche **Jahresverdienst**

eines Zigarettenarbeiters	in Dresden auf	772,22	M.
" "	" Berlin "	907,36	"
" "	" Hamburg "	970,50	"
einer Zigarettenarbeiterin	" Breslau "	415,14	"
" "	" Dresden "	582,93	"
" "	" Berlin "	767,79	"
" "	" Hamburg "	820,—	"

Daraus ergibt sich zunächst, daß die Löhne in der gesamten Zigarettenindustrie allgemein furchtbar niedrig sind, daß aber in Dresden, dem Hauptsitz der Zigarettenindustrie, neben Breslau die erbärmlichsten Löhne bezahlt werden, ganz bedeutend niedrigere als in Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Besonders wenig verdienen die Zigarettenpackerinnen, Tabakaufreißerinnen, Sortiererinnen und Kartonnagearbeiterinnen.

Zu wundern braucht man sich bei solchen niederen Löhnen nicht, daß die Dresdner Zigarettenfabrikanten Millionen auf Millionen häufen können! Zum nicht geringen Teil ist die in Dresden so stark verbreitete Heimarbeit die Ursache davon, daß die Löhne in den Fabriken hinter den Löhnen in anderen Städten so weit zurückstehen. Die Heimarbeit wird zum größten Teil von verheirateten Frauen ausgeführt, deren Verdienst „durchweg bedeutend niedriger als der der Fabrikarbeiterinnen ist," sagt Dr. Bormann. So zahlt man den Heimarbeiterinnen in Dresden für das Drehen von 1000 Zigaretten gewöhnlich nur 1,60 bis 1,80 M., und in Berlin, Hannover und Hamburg 1,80 bis 2 M., in Breslau und Posen aber gar nur 1,10 bis 1,70 M., und in Königsberg nur 0,90 bis 1,30 M. Aus diesen Angaben, sagt Dr. Bormann, könne man ersehen, daß der Verdienst der Heimarbeiterinnen äußerst gering sei, zumal, wenn man bedenke, daß schon eine Fabrikarbeiterin zum Drehen von 1000 Zigaretten durchschnittlich acht Stunden brauche. Nach den Mitteilungen, die Dr. Bormann von einer Dresdner Fabrik erhielt, soll der Durchschnittswochenverdienst einer Heimarbeiterin 6 bis 8 M. betragen. „Es gibt wohl auch Arbeiterinnen," sagt der genannte Autor, „die einen Wochenverdienst von 10 bis 15 M. und noch mehr ausgezahlt erhalten, doch stellt dieser Betrag dann nicht die Entschädigung für den Müheaufwand einer Person dar. Hier hat vielmehr die ganze Familie der betreffenden Heimarbeiterin mitgearbeitet. Die Fabrik bucht den verdienten Betrag aber nur auf den Namen derjenigen Person, die das Material holt und die gefertigten Fabrikate abliefert." So kommen dann die „hohen Löhne" von Heimarbeiterinnen zustande, deren Arbeitszeit außerdem eine unbegrenzte ist.

Der Verfasser hat auch untersucht, wie eine alleinstehende Fabrikarbeiterin mit 12 M. die Woche in Dresden zu leben vermag. Nach den gemachten Angaben ergeben sich folgende Ausgaben für Kost und Logis pro Woche:

Für Schlafstelle (inkl. erstes Frühstück)	2,—	M.
" zweites Frühstück	1,05	"
" Mittagbrot	2,45	"
" Vesper	1,05	"
" Abendbrot	2,45	"
Zusammen pro Woche	9,—	M.

Selbst bei dieser armseligen Lebensweise bleiben dann der Arbeiterin nur noch 3 M. die Woche oder 150 M. im Jahre zur Bestreitung der Ausgaben für alle übrigen Bedürfnisse. Blutarmut und Bleichsucht sind daher auch unter den Zigarettenarbeiterinnen stark verbreitet. Die Sterblichkeit der Tabakarbeiterinnen ist — in den verschiedenen Jahren — um 21 bis 59 Prozent höher als die der gesamten weiblichen Mitglieder der Ortskrankenkasse.

Das Bild, das hier in einer wissenschaftlichen Arbeit von den Arbeiterverhältnissen in der Zigarettenindustrie gegeben wird, ist alles andere, nur kein rosiges. Es zeigt, daß die gewerkschaftliche Organisation noch viel zu tun hat, um die Lage der Zigarettenarbeiter und -arbeiterinnen zu einer menschenwürdigen zu gestalten; daß aber auch die Heimarbeit einer der schlimmsten Krebsschäden ist, deren Beseitigung im Interesse aller Arbeiter erstrebt werden muß.

* Die deutsche Zigarettenindustrie von Dr. Kurt Bormann. lag der H. Laupp'schen Buchhandlung, Tübingen 1910.

Die Wahlrechtsvorlage im Herrenhause.

* Nun haben sich auch die erlauchten und edlen Herren mit der Wahlrechtsfrage beschäftigt. Ganze drei Stunden mühten sie sich im Schweiße ihres Angesichts ab, um die Vorlage dann im Dunkel der Kommission verschwinden zu lassen und sich nach dieser unerhörten Anstrengung auf unbestimmte Zeit zu vertagen.

Die Kommission, von der das weitere Schicksal der Wahlrechtsvorlage nun abhängt, besteht aus 20 Mitgliedern. Davon sind 15 adlig, nämlich ein Prinz, zwei Fürsten, sechs Grafen, drei Freiherren und drei simple Adlige. Außerdem gehören der Kommission zwei Universitätsprofessoren und drei Oberbürgermeister an. Man kann sich denken, was da herauskommen wird.

Zur Vertretung der Vorlage war Herr v. Bethmann-Hollweg erschienen und ergriff auch sogleich das Wort. Er sprach nur eine Viertelstunde und machte sich seine Sache sehr leicht. Er bezog sich einfach auf seine Abgeordnetenhausrede, mit der er dort die Wahlrechtsvorlage eingebracht hat und in der er bekanntlich von dem demoralisierenden Einfluß demokratischer Wahlrechte sprach. Sonst war den Ausführungen des leitenden Staatsmannes nur zu entnehmen, daß die Regierung die Beschlüsse des schwarz-blauen Blocks noch nicht ganz zu den ihrigen gemacht hat und dringend wünscht, offenbar um Freikonservative und Nationalliberale heranzuziehen, daß, wenn auch nicht in den ganzen Gemeinden gedrittelt wird, so doch die Stimmbezirke wesentlich vergrößert werden sollen, auch sollen die „Kulturträger" vermehrt werden.

Im gleichen Fahrwasser segelte der Polizeiminister v. Moltke, der im übrigen die schlaue Taktik befolgte, das Herrenhaus damit zur Annahme der Wahlrechtsvorlage zu bewegen, daß er wieder und immer wieder versicherte, es bleibe ja alles beim alten, das Dreiklassenwahlrecht werde sogar gefestigt, wir tun ja nur so, als ob es eine Reform wäre.

Doch das Herrenhaus zeigte sich etwas störrisch. Es verlangt eine ganze Reihe von Abänderungen, „Verbesserungen", wie die Redner sagten, in Wirklichkeit Verschlechterungen selbst der volksfeindlichen Beschlüsse der Abgeordnetenhausmehrheit. Der Hauptredner der Konservativen des Herrenhauses war ein Graf v. Wartensleben, 83 Jahre alt, General der Kavallerie z. D. und Fideikommißbesitzer im Regierungsbezirk Magdeburg. Zur Feier des Tages hatte er sich eine neue Perücke zugelegt und legte nun los gegen die bösen Sozialdemokraten, gegen die irregeleiteten Preußen und gegen das Publikum, das jetzt sogar auf die Straßen geht und Freiheitslieder singt. Mit salbungsvoller Würde mahnte er Regierung und Parteien zur Festigkeit gegen den drohenden Umsturz und entwarf dann, was gar nicht zur Sache gehörte, ein Bild von der Menschenfreundlichkeit der Junker, als deren Durchschnittstyp er sich vorstellte. Nachdem er allen unreifen Knaben und Mädchen das Recht zum Mitregieren abgesprochen hatte, wurde der alte komische Herr wieder ernst, ermahnte die Liberalen zur Vernunft und schloß mit der im Herrenhause üblichen Phrase vom geliebten preußischen Vaterland, für das man uneigennützig in gemeinsamer Arbeit mit allen Königstreuen Tag und Nacht tätig sei. Die Rede gefiel den Herrenhäuslern so ausnehmend, daß der Beifall und das sonst im Parlament so verpönte Händeklatschen gar kein Ende nehmen wollten.

Fürst zu Hatzfeld, der Vertreter für Breslau im Reichstag, lehnte im Sinne des Standpunktes der freikonservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses die Abgeordnetenhausfassung ab und verlangte die Dritteilung in den Gemeinden. Doch will er auf alle Fälle ein Scheitern der Vorlage verhindern, weil er klug genug ist, zu sehen, wie erbitternd das auf das preußische Volk wirken und wie stark deshalb die Sozialdemokratie anwachsen würde.

Graf Wedel-Piesdorf, Minister des Königlichen Hauses a. D., Königlicher Kammerherr und Exzellenz — Preußen sieht, welch hohes Volk sich um sein Wohl abmüht! —, bekam es fertig, auf das bisherige preußische Landtagswahlrecht ein Loblied zu singen, das wirklich einer besseren Sache wert gewesen wäre. Die einzige Verbesserung, die das Abgeordnetenhaus an der Regierungsvorlage vorgenommen hat, sieht er in der Aufrechterhaltung der indirekten Wahl. Natürlich ist dieses edle Gemüt auch für die öffentliche Wahl, von der er höchstens in den Großstädten nichts wissen will, wo die Sozialdemokratie terrorisiert. Gegen den konservativen Terror sprach dieser königliche Minister natürlich kein Wort.

Nunmehr kam Graf Mirbach-Sorquitten zum Wort, wohl der schlimmste Reaktionär, der denn auch die Erwartungen nicht enttäuschte und sich gegen jede Wahlreform erklärte. Reichlichen Spott goß er über die Liberalen aus, denen diese Blockfrucht für ihre Mitarbeit am Bülow-Block wohl nicht zusagen wird. Weidlich schimpfte er auf die nationalliberale Presse, die es sich bisweilen herausnimmt, sich gegen die konservative Interessenpolitik zu wenden und mahnte die Nationalliberalen recht väterlich, wohl zu überlegen, ob es nicht doch an der Zeit sei, einzuschwenken.

Und nun kam auch gleich ein Nationalliberaler zum Wort, der Hallenser Universitätsprofessor Löning, der bereits vor sechs Jahren im Herrenhause, natürlich in nationalliberaler Bescheidenheit, für die Reformbedürftigkeit des preußischen Wahlrechts eingetreten war. Vor allem hatte er eine Neueinteilung der Wahlkreise verlangt. Hieran knüpfte er nunmehr an, schilderte die inzwischen gestiegene berechtigte Erbitterung der großstädtischen Wählerkreise und fand sogar einige recht scharfe Worte für die Unzulänglichkeit der Regierungsvorlage und gegen die monströsen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, die er einen Wechselbalg nannte.

Auch Fürst Lichnowsky, ein Freund des Fürsten Bülow, erkannte die Notwendigkeit einer Wahlrechtsreform in Preußen an. Fürst Lichnowsky ist einer von den Herrenhausmitgliedern, die einen etwas modernen Anstrich haben oder doch wenigstens haben wollen, und so sprach er vom Zeitgeist, dem man sich anpassen, und von der demokratischen Tendenz bei allen Kulturvölkern, der man Rechnung tragen müsse. So sprach er eigentlich für die geheime und direkte Wahl und verwarf jedes Gesetz, das lediglich den schwarz-blauen Block zum Vater hat.

Als Dissentierender der Professorenfraktion murmelte der alte konservative Professor Hillebrand einige schwer verständliche Sätze, in denen er vor Konzessionen an die rote Flut zu warnen schien und sich als engster preußischer Partikularist entpuppte. Für das Reich möchte er gern eine zweite, wie das Herrenhaus auf repräsentativer Grundlage ruhende Kurie schaffen, um auch dort die Ausführung des Volkswillens zu verhindern. Offenbar ist ihm der Bundesrat schon zu demokratisch.

Der frühere Oberlandesgerichtspräsident Hamm-Bonn geißelte vor allem den Terrorismus des Zentrums, der weit schlimmer sei als der Terrorismus der Sozialdemokratie und lehnte jede Politik eines Bündnisses mit dem Zentrum als geradezu verhängnisvoll ab. Was ihn nicht hindern wird, bei den nächsten Reichstagswahlen im Rheinland seine Parteifreunde zur Unterstützung dieser angeblich gefährlichsten Partei

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100416/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG